

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 13. November 1959

Nummer 46

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung bei den Aktiengesellschaften der Industrie in der Bundesrepublik von der Währungsreform bis 1957

Die Vermögensbildung und ihre Struktur

Die jährliche Bildung von Sachvermögen und Geldvermögensforderungen bei den in der Bilanzstatistik¹⁾ erfaßten Aktiengesellschaften der westdeutschen Industrie hat sich wie folgt entwickelt:

1948/49*) . . .	5,23 Mrd. DM	1954	8,80 Mrd. DM
1950	3,92 " "	1955	11,03 " "
1951	5,64 " "	1956	10,35 " "
1953	6,94 " "	1957	9,88 " "

Auch wenn berücksichtigt wird, daß bis 1951 die Erfassung der Aktiengesellschaften in der Bilanzstatistik noch unvollständig war, so zeigt sich doch eindeutig, daß die jährliche Zunahme der Aktiva bei den Aktiengesellschaften der Industrie bis 1955 einen gewissen Höhepunkt erreicht hat.

In der Zusammensetzung ihrer Komponenten hat sich diese Vermögensbildung recht unterschiedlich entwickelt. Im Mittelpunkt stand die Erweiterung der Brutto-Sachanlagen, die in Jahr für Jahr ständig steigender Zunahme 1957 bei den Aktiengesellschaften der Industrie das bis dahin in der deutschen Wirtschaftsgeschichte höchste Niveau erreicht hatte.

*) Verlängertes Geschäftsjahr. — Für 1952 konnten keine Berechnungen erarbeitet werden, weil in der amtlichen Bilanzstatistik für dieses Jahr die Anfangs- und Endbilanzen eines vergleichbaren Berichtskreises nicht vorliegen.

¹⁾ Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 60, 80, 104, 131, 150, 180, 204 und 231. — Auf eine ausführliche Darstellung der Methodik muß hier verzichtet werden. Zum allgemeinen Verständnis sei lediglich angemerkt, daß es sich um eine Auswertung der jährlichen, nicht konsolidierten Bilanzveränderungen nach dem Brutto-Prinzip, d. h. nach Bereinigung von Wertberichtigungen und Abschreibungen handelt, gegliedert nach den Konten einer aus volkswirtschaftlicher Kreislaufbetrachtung abgeleiteten Vermögensrechnung.

Gleichwohl spielte — besonders in den ersten Jahren nach der Währungsreform bis 1951 — die Ausweitung des Umlaufvermögens eine nicht minder wichtige Rolle. Wenn auch der forcierte Ausbau der Anlagekapazitäten die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Währungsreform bildete, so erforderte doch die Expansion von Produktion und Umsatz in der Industrie gleichzeitig eine Aufstockung der Vorräte an Roh-, Hilfsstoffen und Zwischenprodukten und vor allem der Geldvermögensforderungen, wie der flüssigen Mittel, Anzahlungen und Liefer- sowie Leistungsforderungen. An der Summe der Aktiva aller industriellen Aktiengesellschaften war die Erweiterung der kurzfristigen Geldvermögensforderungen jedenfalls 1948/49 und 1950 mit 52 vH bzw. 49 vH beteiligt, d. h. trotz der forcierten Investitionstätigkeit mit einem größeren Anteil als die Zunahme der Sachanlagen (27 vH und 35 vH).

Während in den folgenden Jahren die Bildung kurzfristiger Geldvermögensforderungen sehr rasch auf einen Anteil an der Zunahme der Aktiva von 20 vH zurückging — in den Jahren verlangsamer Expansion 1956 und 1957 ist dieser Anteil sogar auf 10 vH abgesunken —, hat die jährliche Akkumulation in Sachanlagen nicht nur absolut ständig weiter zugenommen, sondern ist auch in ihrem Anteil an den gesamten Aktiva bis 1957 auf 74 vH angewachsen.

Allerdings entsprach der außerordentlich hohe Anstieg der Sachanlage-Investitionen in den beiden letzten Jahren einer erheblich abnehmenden Lagerinvestition. Überhaupt erweist sich die Vorratsinvestition infolge ihrer engen Abhängigkeit von der jeweiligen konjunk-

Struktur der Vermögensbildung bei den Aktiengesellschaften der Industrie in der Bundesrepublik von 1948 bis 1957¹⁾ in vH

Zugang an	1948/ 1949 ²⁾	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1948 bis 1951	1953 bis 1957	1948 bis 1957 ¹⁾
Sachanlagen (Brutto)	27,4	35,3	39,1	.	59,7	58,1	50,8	62,7	74,1	34,0	61,0	54,5
Vorräten	20,1	14,4	35,1	.	9,8	10,6	21,3	14,8	10,9	24,3	14,0	16,4
Kurzfristigen Geldvermögensforderungen	52,4	48,8	22,5	.	19,7	21,1	20,3	15,4	10,3	40,0	17,2	22,7
Langfristigen Geldvermögensforderungen	0,1	1,5	3,3	.	10,8	10,2	7,6	7,1	4,7	1,7	7,8	6,4
davon: Beteiligungen	-0,2	0,1	0,9	.	3,3	1,8	5,5	4,4	6,8	0,3	4,5	3,4
Anzahlungen auf Sachanlagen	—	0,1	1,0	.	2,6	2,8	0,6	0,1	-2,2	0,4	0,6	0,6
Sonstigen	0,3	1,3	1,4	.	4,9	5,6	1,5	2,6	0,1	1,0	2,7	2,4
Aktiva, gesamt	100,0	100,0	100,0	.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Ohne das Jahr 1952, für das Unterlagen nicht vorliegen. — ²⁾ Verlängertes Geschäftsjahr.

turellen Situation als jene Komponente der Vermögensbildung, die die größten Schwankungen aufzuweisen hat.

Die jährliche Zunahme an Geldvermögensforderungen vollzog sich hinsichtlich ihrer Fristigkeit ebenfalls recht differenziert, wenn auch in allen Jahren die Zunahme kurzfristiger Geldvermögensforderungen überwog. Während jedoch in den ersten Jahren nach der Währungsreform die Zunahme langfristiger Geldvermögensforderungen in den Aktienbilanzen der Industrie kaum eine Rolle spielte, stieg ihr Anteil 1953 und 1954 auf über 10 vH und betrug noch 1956 7,1 vH. 1957 ist er allerdings wieder auf 4,7 vH zurückgegangen.

Die Entwicklung der Zunahme langfristiger Geldvermögensforderungen hat ganz verschiedene Ursachen. Einmal haben die Vergünstigungen des § 7 c und d des Einkommensteuergesetzes für Darlehen an den Wohnungs- und Schiffbau ganz erheblich zu dem Anstieg in den Jahren 1953 und 1954 beigetragen. Diese in der Bilanzstatistik nicht besonders ausgewiesenen Darlehen sind in der Position „Sonstige langfristige Geldvermögensforderungen“ enthalten, die 1953 und 1954 allein auf 4,9 bzw. 5,6 vH aller Aktiva angewachsen ist.

Gleichfalls relativ hoch war in diesen beiden Jahren der Zugang an Anzahlungen auf Sachanlagen²⁾ mit einem Anteil von 2,6 bzw. 2,8 vH. Hier hatte das Investitionshilfegesetz und die dreijährige Abschreibungsvergünstigung des § 36 IHG, die bereits auf Anzahlungen für die im Gesetz bestimmten Anlagegüter bis 1954 in Anspruch genommen werden konnte, zu der bekannten Konzentration von Investitionsaufträgen geführt. Mit der gedämpften Expansion des Jahres 1957 hat diese Position erstmals seit der Währungsreform absolut wie relativ beträchtlich abgenommen.

Der Zugang an Beteiligungen hat dagegen — verglichen mit den beiden anderen Komponenten der Bildung langfristiger Geldvermögensforderungen — eine gegensätzliche Entwicklung genommen. In den ersten Jahren noch völlig ohne Bedeutung, erreichte er 1953 einen ersten Höhepunkt mit 3,3 vH aller Aktiva und ist bis 1957 unter Schwankungen bis auf 6,8 vH gestiegen. Dabei spielte die Durchführung der alliierten Entflechtungsaufgaben für die Schwerindustrie 1953 und die folgende Rekonzentration eine nicht unbedeutende Rolle. Daneben waren aber auch gewisse Konzentrationsbewegungen in der Papierindustrie und in bestimmten Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien (Holz, Leder, Textil, Glas und Keramik) und den Nahrungsmittelindustrien zu beobachten.

²⁾ Obwohl die Anzahlungen auf Sachanlagen in ihrem Inhalt Ausgaben auf zukünftige Anlage-Investitionen darstellen, wurden sie methodisch in der vorliegenden Untersuchung den Geldvermögensforderungen zugerechnet, weil sie einerseits in der jeweils betrachteten Zeiteinheit im Produktionspotential noch nicht in Erscheinung treten und damit vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als Anlage-Investition selbst noch nicht wirksam geworden sind.

Die Finanzierung und ihre Struktur

Dieser Bildung von Sachvermögen und Geldvermögensforderungen steht in der Bilanz ihre Aufbringung bzw. Finanzierung gegenüber. Während aber betriebswirtschaftlich die gesamte Passivseite als Verschuldung betrachtet wird, innerhalb der das Eigenkapital im weiteren Sinne (einschließlich Rücklagen) lediglich hinsichtlich der allgemeinen Risikohaftung eine besondere Stellung einnimmt, steht hier die Selbstfinanzierungsfrage im Vordergrund. Es war festzustellen, inwieweit die Finanzierung der Aktiva aus Mitteln erfolgt ist, die innerhalb des Leistungsprozesses einer Unternehmung selbst erwirtschaftet oder von außen her — sei es als Kredit oder als haftendes Kapital — bereitgestellt wurden.

Es zeigt sich, daß — abgesehen von 1949 — in allen anderen hier untersuchten Jahren der Anteil der eigen- (oder selbst-)erwirtschafteten Mittel am gesamten Finanzierungsaufkommen bei den Aktiengesellschaften der Industrie zwischen 53 vH und 67 vH schwankte, bzw. der Anteil der Fremdmittel zwischen 47 vH und 33 vH. Der Hauptteil der selbsterwirtschafteten Mittel — ungefähr zwei Drittel — wurde im Durchschnitt in Form von Abschreibungen gewonnen. Dabei führten die erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten nach §§ 36 IHG und 7 c/d EStG zu einem Anstieg der Abschreibungen in den Jahren 1953 und 1954 auf drei Viertel der eigenerwirtschafteten Mittel. Das Auslaufen dieser Sonderabschreibungsprogramme wurde, wie die Ergebnisse für 1957 zeigen, durch die steuerliche Anerkennung der degressiven Abschreibungsmethode weitgehend kompensiert.

Noch im Jahre 1951, als den Unternehmungen derartige Möglichkeiten zu Sonderabschreibungen nicht in dem Maße zur Verfügung standen, hatten die Handelsbilanz-Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr absolut weit weniger zugenommen als die gesamten Aktiva, und die im Gefolge der Koreahausse allgemein günstigen Betriebsergebnisse fanden ihren bilanzmäßigen Niederschlag vor allem in der Bildung von Rückstellungen, Rücklagen und sonstigen Gewinnkonten, die 1951 Höchstsätze erreichten.

Unter den Fremdmitteln, die vor allem in den ersten Jahren nach der Währungsreform wesentlich stärker zur Finanzierung herangezogen werden mußten als ab 1953, stand die kurzfristige Verschuldung weitaus im Vordergrund. Im verlängerten Geschäftsjahr 1948/49 bestand fast die Gesamtheit der aufgebrachten Fremdmittel aus kurzfristigen Verbindlichkeiten, und noch 1951 deckten kurzfristige Verbindlichkeiten reichlich vier Fünftel der Fremdfinanzierung. Für 1952 liegen Unterlagen leider nicht vor, aber ab 1953 ist ein eindeutiger Konsolidierungsprozeß zu beobachten. Aus der kurzfristigen Verschuldung wurde in diesem Jahr nur noch ein Drittel des Zugangs an fremden Finanzierungsmitteln bestritten, während erstmals ein weiteres

Finanzierungsstruktur bei den Aktiengesellschaften der Industrie in der Bundesrepublik
von 1948 bis 1957¹⁾
in vH

Zugang an	1948/49 ²⁾	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1948 bis 1951	1953 bis 1957	1948 bis 1957 ¹⁾
Eigenerwirtschafteten Mittel	39,2	52,7	54,6	.	61,0	66,7	62,0	58,1	63,9	48,7	62,3	59,0
davon: Abschreibungen	25,8	33,3	25,9	.	46,1	49,3	39,6	42,2	48,3	27,9	44,6	40,6
Rückstellungen ³⁾	11,9	14,5	20,6	.	11,0	14,3	17,1	11,8	9,9	15,9	18,0	18,7
Sonstigen	1,5	4,9	8,1	.	3,9	4,1	5,3	4,1	5,7	4,9	4,7	4,7
Fremden Mitteln	60,8	47,3	45,4	.	39,0	33,3	38,0	41,9	36,1	51,3	37,7	41,0
davon: Grundkapital	0,1	-0,4	2,5	.	12,6	7,3	8,2	9,2	11,2	0,9	9,5	7,4
langfristigen Verbindlichkeiten . . .	1,4	7,5	5,4	.	13,3	15,6	8,5	13,1	10,1	4,5	11,9	10,2
kurzfristigen Verbindlichkeiten . . .	59,3	40,2	37,5	.	13,1	10,4	21,3	19,6	14,8	45,9	16,3	23,4
Finanzierungsmittel, gesamt	100,0	100,0	100,0	.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Ohne das Jahr 1952, für das Unterlagen nicht vorliegen. — ²⁾ Verlängertes Geschäftsjahr. — ³⁾ Einschließlich Sozialfonds.

Drittel aus der Vermehrung langfristiger Verbindlichkeiten aufgebracht werden konnte und das restliche Drittel aus Erhöhungen des Grundkapitals bereitgestellt wurde.

Die Kapitalerhöhungen konzentrierten sich 1953 im wesentlichen auf Nachfolgegesellschaften der entflochtenen Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie, die diese nach der endgültigen Übernahme ihrer Sachanlagen durchgeführt hatten. Der Konsolidierungsprozeß hat sich in den folgenden Jahren weiter fortgesetzt. Jeweils reichlich ein Fünftel der Fremdfinanzierung — 1957 sogar wieder fast ein Drittel — wurden durch Kapitalerhöhungen aufgebracht. Die Zunahme der langfristigen Verschuldung, die 1954 beinahe auf die Hälfte des gesamten Fremdmittelaufkommens angestiegen war, konnte diesen Anteil allerdings nicht aufrechterhalten und schwankte in den folgenden Jahren um etwa ein Viertel der zugeführten Fremdmittel.

Die kurzfristige Verschuldung, aus der sich gewissermaßen die Restfinanzierung der gesamten Aktiva — und in der Regel die teuerste — speist, war bis 1954 im Zuge des Konsolidierungsprozesses auf etwa 10 vH aller Passiva gesunken. Das Jahr 1955, das im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Anspannung auch eine außergewöhnlich hohe Aufstockung der Vorräte mit sich brachte, ließ jedoch auf der Finanzierungsseite wieder gewisse Spannungen erkennen und die Zunahme kurzfristiger Verbindlichkeiten auf mehr als die Hälfte des Fremdmittelaufkommens steigen. Eine stärkere Rückbildung dieses Anteils in den folgenden Jahren wurde dann durch die kontraktive Kapitalmarktpolitik der Notenbank wesentlich erschwert.

Zusammenfassung

Alles in allem macht die Untersuchung deutlich, wie sehr die jährliche Vermögensbildung und deren Finanzierung in ihrer Struktur seit der Währungsreform bis 1957 von den verschiedensten Einflüssen bestimmt war. Es erscheint unumgänglich, sich dieser Tatsache bewußt zu bleiben, wenn für den gesamten Zeitraum Durchschnittswerte als quasi „Normalgrößen“ für die Struktur der Vermögensbildung in den Aktiengesellschaften der Industrie abgeleitet werden. Die ersten Jahre des

forcierten Wiederaufbaus, in denen die Expansion von Produktion, Umsatz und Beschäftigung durch eine außergewöhnliche Aufblähung der Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse zwischen Lieferanten und Kunden finanziert wurden, sollten ohnehin aus einer solchen Betrachtung ausgenommen werden.

Mit diesen Einschränkungen wird man sagen können, daß die Aktiengesellschaften der Industrie in den Jahren von 1953 bis 1957 durchschnittlich 60 vH des Zugangs an Aktiva in Anlagen und knapp 15 vH in Vorräten investiert haben. Weitere reichlich 15 vH entfielen auf die Zunahme der kurzfristigen und etwas weniger als 10 vH auf die Zunahme der langfristigen Geldvermögensforderungen.

Die Finanzierung erfolgte zu reichlich 60 vH aus eigenerwirtschafteten Mitteln der Unternehmungen (von ihnen wurden fast drei Viertel den reichlich bemessenen Handelsbilanz-Abschreibungen zugerechnet). Von der Fremdmittelaufnahme, die knapp 40 vH der Gesamtfinanzierung stellte, entfielen mehr als zwei Fünftel auf die Zunahme kurzfristiger Verbindlichkeiten.

Diese Durchschnittsstruktur bringt also zum Ausdruck, daß die Anlage-Investitionen der Aktiengesellschaft in der Industrie vollständig aus eigenerwirtschafteten Mitteln finanziert werden konnten, wobei die Abschreibungen allein fast 75 vH ausmachten. Es muß jedoch davor gewarnt werden, dieses Ergebnis als einen Beweis von exorbitanter Selbstfinanzierung lediglich bei den Aktiengesellschaften anzusehen. Zwar ist ein unmittelbarer Vergleich mit den Bilanzen der übrigen Unternehmungen nicht möglich, aber auch dort sind im Grundsatz kaum andere Verhältnisse zu erwarten³⁾.

³⁾ D. h. natürlich nicht, daß es keine Abweichungen von dieser Annahme gibt. Diese dürften aber vorwiegend auf die unterschiedliche Verteilung der Großunternehmen — zu denen die Rechtsform der Aktiengesellschaft überwiegend zählt — nach den verschiedenen Branchen zurückzuführen sein. Wie bereits an anderer Stelle gezeigt wurde (R. Krenzel „Sind die Großunternehmen wirklich stark überlegen?“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1959, S. 309 ff.), ist der Vorsprung der Großunternehmen in bezug auf Kapitalausstattung, Produktionsleistung je Beschäftigten usw. — wenn diese rein branchenstrukturbedingten Unterschiede zwischen den großen und den übrigen Unternehmungen eliminiert werden — offenbar nicht allzugroß.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Herbst 1959 und die regionale Entwicklung seit 1950

Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik (einschl. Saarland) Ende September 1959 insgesamt 20,14 Millionen (13,30 Mill. Männer und 6,83 Mill. Frauen). Mit 196 000 Personen war die Zunahme im dritten Vierteljahr um 31 000 größer als in der gleichen Zeit 1958. Gegenüber dem Stand von Ende September 1958 hat die Beschäftigung um 422 000 Personen oder 2,1 vH, also mit der gleichen Zuwachsrate wie im Vorjahr, zugenommen. Bei der Beurteilung dieser Zahlen darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß die Beschäftigtenzahlen der Bundesanstalt, wie die Ergebnisse des Mikrozensus gezeigt haben, nicht unbeträchtlich überhöht sind¹⁾.

Die konjunkturelle Belebung der vergangenen Monate, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt hat, hat zu einer nahezu völligen Ausschöpfung der Reserven unter den noch vorhandenen Arbeitslosen geführt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug Ende September dieses Jahres 187 000 (102 000 Männer und 85 000 Frauen), d. h. nur noch 0,9 vH der (beschäftigten und arbeitslosen) insgesamt 20,32 Millionen Arbeitnehmer. Ende September 1958 waren es (einschl. Saarland) noch 333 000 Arbeitslose (165 000 Männer

und 168 000 Frauen) oder 1,7 vH der damals 20,05 Mill. Arbeitnehmer. Zu der bemerkenswert starken Reduzierung der Frauenarbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr hat insbesondere die Verbesserung der Beschäftigungslage in der Textilindustrie beigetragen.

Ende Juni 1959 hatte in der Bundesrepublik zum erstenmal die Zahl der unbesetzt gebliebenen Stellen

Arbeitsangebot und -nachfrage in den Ländern der Bundesrepublik im Herbst 1958 und 1959

Stand jeweils 30. September

Land	Arbeitslose		Offene Stellen		Arbeitslose auf 100 offene Stellen	
	in 1000				1958	1959
	1958	1959	1958	1959		
Schleswig-Holstein . . .	27,4	17,3	6,2	6,8	440	255
Hamburg	12,8	6,8	12,4	15,0	103	45
Niedersachsen	57,2	32,3	27,8	34,0	206	95
Bremen	9,0	5,1	2,1	4,1	437	124
Nordrhein-Westf. . . .	83,1	57,2	86,1	107,5	97	53
Hessen	26,5	12,6	20,7	31,4	128	40
Rheinland-Pfalz	15,1	7,9	9,9	14,9	153	53
Baden-Württemberg . .	18,3	7,2	53,6	79,4	34	9
Bayern	78,3	37,9	40,0	52,3	196	73
Saar	5,4	2,9	5,4	5,0	99	59
Bundesgebiet	332,9	187,2	264,1	350,4	126	53

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 31/1959.

Die Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit in den Ländern der Bundesrepublik

Stand jeweils 30. September — 30. September 1950 = 100

Land	Beschäftigte Arbeitnehmer									Arbeitslose								
	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Schleswig-Holstein .	97,3	100,5	102,6	105,0	110,0	113,9	116,3	118,8	118,5	88,1	66,7	50,5	42,1	32,2	25,2	18,9	15,4	9,7
Hamburg	102,3	104,2	107,8	111,3	119,2	125,6	127,8	131,4	135,1	114,1	110,3	94,7	87,4	57,5	35,4	19,2	15,5	8,2
Niedersachsen	100,6	104,5	108,0	112,8	119,3	124,4	126,0	128,3	129,5	98,7	73,3	62,0	53,9	31,5	28,6	24,9	19,0	10,7
Bremen	101,3	105,9	111,9	118,4	124,7	133,1	138,2	143,6	147,5	125,6	107,6	104,1	81,8	57,6	48,2	39,2	41,3	23,6
Nordrhein-Westfalen	106,3	111,3	116,7	122,9	129,6	136,1	140,0	142,8	145,1	99,8	91,3	82,7	86,7	53,0	42,4	35,9	47,8	32,9
Hessen	103,7	107,3	110,0	115,0	122,0	127,1	129,0	131,3	133,8	97,6	87,0	88,3	74,3	39,7	34,5	35,0	27,3	13,0
Rheinland-Pfalz . . .	107,6	110,3	115,3	122,2	130,7	137,0	138,1	140,9	143,6	74,8	73,5	84,0	63,4	29,2	27,4	35,7	29,1	15,3
Baden-Württemberg	106,5	111,1	116,8	122,5	129,1	134,4	137,0	140,0	143,8	98,1	86,4	85,7	74,2	37,8	33,7	31,6	27,2	10,7
Bayern	102,6	105,7	107,7	113,2	120,4	125,2	126,5	129,4	133,3	96,0	86,2	78,1	63,5	37,3	32,3	33,0	26,3	12,7
Bundesgebiet (ohne Saarland)	104,1	108,1	112,2	117,7	124,6	130,2	132,7	135,5	138,4	97,1	82,6	74,0	64,7	38,9	32,3	28,9	25,8	14,5

sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitskräfte die Zahl der Arbeitslosen übertroffen. Bei weiter abnehmender Arbeitslosigkeit erhöhte sich in den folgenden Monaten der ungedeckte Kräftebedarf, so daß Ende September im Bundesgebiet auf 100 offene Stellen nur noch 53 Arbeitslose kamen. Während im Herbst 1958 nur in zwei Bundesländern (Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) sowie im Saarland die Zahl der Arbeitslosen niedriger war als die der offenen Stellen, galt dies im Herbst 1959 für alle Bundesländer außer Schleswig-Holstein und Bremen.

Überblickt man die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in den einzelnen Bundesländern während der vergangenen zehn Jahre, so ist folgendes festzustellen:

Bei regional unterschiedlichen Veränderungen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Stand von 1950 haben sich die Arbeitsmarktbedingungen in den Bundesländern weitgehend angeglichen.

Während im Durchschnitt des Bundesgebietes (ohne Saarland) die Beschäftigung seit dem Herbst 1950 bis zum Herbst 1959 um 38 vH zunahm, erhöhte sie sich in Nordrhein-Westfalen um 45 vH, in Baden-Württemberg um 44 vH und in Rheinland-Pfalz und Bremen sogar um 49 bzw. 48 vH, in Schleswig-Holstein dagegen nur um 18 vH. Trotz der relativ geringen Beschäftigungssteigerung ging die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein in der gleichen Zeit auf ein Zehntel des Standes vom Herbst 1950 zurück — eine Abnahme, die nur von derjenigen in Hamburg übertroffen wurde —, während in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosenzahl

im Herbst 1959 noch 33 vH, in Bremen 24 vH der Zahl vom Herbst 1950 ausmachte, bei einem Rückgang auf 14 vH im Durchschnitt des Bundesgebietes.

Diese unterschiedliche Entwicklung — relativ große Abnahme der Arbeitslosigkeit bei relativ geringer Zunahme der Beschäftigung und umgekehrt — ist durch die umfangreiche Binnenwanderung in den vergangenen Jahren zu erklären. Die große Zahl von Heimatvertriebenen war auf die Bundesländer zunächst unter dem Gesichtspunkt der Unterbringungsmöglichkeiten — ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder und ihre Aufnahmefähigkeit für zusätzliche Arbeitskräfte — verteilt worden. Mit dem Wiederaufbau der zerstörten Industriegebiete vollzog sich eine durch öffentliche Maßnahmen geförderte Umsiedlung aus den ursprünglichen Hauptaufnahmeregionen für die Flüchtlinge (Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern) vor allem nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Der starke Rückgang

Die Arbeitslosenquoten in den Ländern der Bundesrepublik

Arbeitslose in vH der Arbeitnehmer — Stand jeweils 30. September

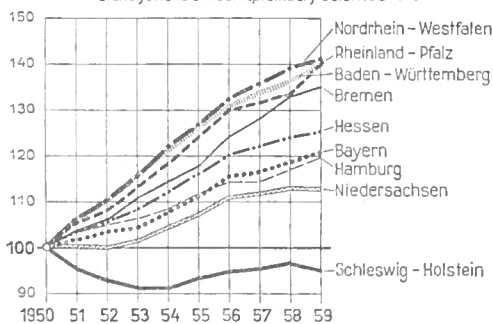
Land	1950	1953	1956	1957	1958	1959
Schleswig-Holstein .	21,5	11,9	5,7	4,3	3,4	2,2
Hamburg	12,2	10,9	3,8	2,1	1,6	0,8
Niedersachsen	14,0	8,6	3,6	3,1	2,3	1,3
Bremen	10,1	9,4	3,9	3,1	3,1	1,8
Nordrhein-Westf. . . .	3,8	2,7	1,2	1,0	1,3	0,9
Hessen	7,1	5,7	2,0	2,0	1,6	0,7
Rheinland-Pfalz . . .	6,4	4,7	1,3	1,7	1,4	0,7
Baden-Württemberg	3,2	2,4	0,8	0,8	0,6	0,2
Bayern	10,6	7,9	3,0	3,0	2,3	1,1
Bundesgebiet (ohne Saarland)	8,2	5,5	2,2	1,9	1,7	0,9

der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein z. B. wäre ohne die durch die Umsiedlung bewirkte Reduzierung des Arbeitskräftepotentials nicht eingetreten. Ebenso ist die stärkere Zunahme der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg nur durch eine beträchtliche Zuwanderung aus anderen Gebieten ermöglicht worden. Der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer ging vom Herbst 1950 bis zum Herbst 1959 in Baden-Württemberg, dem Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit, von 3,2 auf 0,2 vH, in Schleswig-Holstein, dem am stärksten mit Arbeitslosigkeit belasteten Land, von 21,5 auf 2,2 vH zurück. Die erhebliche Verminderung der Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten der einzelnen Bundesländer zeigt, wie weit der regionale Ausgleich in der Arbeitsmarktlage nunmehr fortgeschritten ist.

DIE ENTWICKLUNG DER ZAHL DER ARBEITNEHMER*)

IN DEN LÄNDERN DER BUNDESREPUBLIK 1950-1959

Stand jeweils am 30. September, 30.9.1950 = 100



*) Beschäftigte und Arbeitslose zusammen.

DIW 59

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg, Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt,
 Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhoftdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten, Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand *)	Einheit †)	1958						1959									
		July	August	Sept.	Okt.	Nov	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	July	August	Sept.	
Anzahl der Werktage:		27	25,9	26	27	23,4	25	25,7	24	24	26	22,2	25	27	25,9	26	
Kredite an Nichtbanken																	
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	895	1072	997	990	923	1094	934	876	877	975	1312	1626	1549	1611	1447
Kreditbanken	"	"	33165,0	33506,0	33835,5	33955,8	34264,1	34111,1	34334,8	34409,9	34568,5	34924,0	35762,6	36174,7	36674,1	37192,0	·
an Wirtschaft u. Private	"	"	25879,6	26202,4	26393,1	26068,9	26442,7	26977,5	26770,3	27011,6	27042,5	27109,1	27582,4	28063,0	28383,5	28744,3	·
kurzfristige Kredite	vH	"	72,1	71,6	71,6	71,1	70,8	71,6	70,9	70,9	70,6	70,0	69,3	69,4	68,3	68,2	·
dar. Wechselkredite	"	"	34,1	33,7	33,0	33,0	32,7	35,3	33,8	33,5	33,3	33,5	33,0	32,9	32,8	28,9	·
mittelfristige Kredite	"	"	8,5	8,7	8,7	8,7	8,9	8,8	9,0	9,1	9,3	9,6	10,4	10,7	11,7	11,9	·
langfristige Kredite	"	"	19,4	19,7	19,7	20,2	20,3	19,6	20,1	20,0	20,1	20,4	20,3	19,9	20,0	19,9	·
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	3214,3	3337,8	3099,0	3392,8	3163,6	2566,9	2777,7	2540,3	2633,7	2731,0	2787,4	2702,6	2739,7	2745,9	·
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	4071,1	4140,8	4343,4	4494,7	4657,8	4566,7	4785,8	4858,0	4892,3	5033,9	5392,8	5403,1	5550,9	5701,8	·
Übrige Kreditinstitute¹⁾																	
an Wirtschaft u. Private	"	"	80680,2	81933,7	83130,0	84418,3	85505,6	85817,0	88226,8	89100,9	90081,5	94803,9	92786,8	93825,7	95386,0	96660,8	·
kurzfristige Kredite	vH	"	55521,8	56168,5	56841,9	57709,8	58571,4	59337,1	59817,6	60464,6	60977,0	64642,2	62556,6	63231,0	64057,7	65044,4	·
dar. Wechselkredite	"	"	22,1	21,8	21,8	21,5	21,6	21,4	21,4	21,6	21,4	20,5	21,3	21,2	20,8	20,5	·
mittelfristige Kredite	"	"	8,5	8,3	8,3	8,0	7,9	8,0	7,9	8,0	8,0	7,9	8,3	8,2	7,9	9,4	·
langfristige Kredite	"	"	7,7	7,6	7,5	7,5	7,5	7,6	7,6	7,4	7,4	7,2	7,6	8,0	8,0	8,2	·
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	70,2	70,6	70,7	71,0	70,9	71,0	71,0	71,0	71,2	72,3	71,1	70,8	71,2	71,3	·
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	18101,1	18361,0	18612,0	18513,1	18456,4	17909,4	19171,8	18913,9	19175,0	19650,8	19397,2	19629,9	20024,0	20056,6	·
Spareinlagen ³⁾	"	"	7057,3	7404,2	7676,1	8195,1	8477,8	8579,5	9237,4	9722,4	9929,5	10516,9	10433,0	10694,8	11304,3	11559,8	·
Bargeldumlauf und Bank-einlagen																	
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	17359	17606	17620	17854	18349	17971	17564	17983	18027	18515	18447	18433	18967	18917	18987
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ²⁾	"	"	42752	43120	44054	44055	44800	46224	45379	45412	43817	43879	45771	44800	44806	45719	46201
von Wirtschaft und Privaten	"	"	29666	30123	30325	30874	31198	32072	31218	31126	31661	32664	33215	33107	33795	34182	34201
Sichteinlagen	vH	"	65,1	65,2	66,0	65,6	66,7	69,4	66,6	67,3	68,6	68,3	68,6	70,1	69,8	69,8	69,8
Termineinlagen	"	"	34,9	34,8	34,0	34,4	33,3	30,6	33,4	32,7	31,4	31,7	31,4	29,9	30,2	30,2	30,2
von deutschen öff. Stellen	Mill. DM	"	19037	12939	13686	13123	13541	14105	14161	14286	12156	10595	11973	11693	11008	11537	12000
Sichteinlagen b. Kreditinst.) außerh. d. Zentralbanksyst.)	vH	"	18,5	19,6	19,5	18,5	20,1	21,6	18,6	19,6	24,9	26,2	24,5	24,2	23,3	24,9	24,0
Sichteinlagen beim ZBS.	"	"	29,8	28,3	30,7	29,9	28,9	29,9	31,6	30,2	18,8	10,1	17,1	16,4	13,1	11,8	15,9
Termineinlagen	"	"	51,7	52,1	49,8	51,6	51,0	48,5	49,8	50,2	56,3	63,7	58,4	59,4	63,6	63,3	60,1
Gegenwertmittel	Mill. DM	"	423	411	450	418	397	361	612	590	585	620	582	780	851	806	767
Spareinlagen ³⁾	"	"	33041	33503	34006	34618	34898	36065	37024	37793	38289	38946	39418	39941	40420	41024	41607
Deutsche Bundesbank																	
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	25172,4	25506,9	25650,4	25859,7	26188,1	26516,0	25567,4	25237,7	23652,8	22825,2	23274,3	23181,4	23144,7	22644,5	22346,9
Gold	"	"	10766,4	10791,7	10834,0	10984,4	11011,6	10963,3	11125,9	11125,9	11126,0	11126,0	11149,8	11232,9	11305,1	11303,8	10871,5
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	14257,0	14569,1	14686,4	14733,4	15032,1	15400,1	14303,4	13979,7	12399,5	11568,6	12006,9	11832,7	11689,3	11204,1	11326,0
Sorten, Wechsel u. Schecks	"	"	149,0	146,1	130,0	141,9	144,4	152,6	138,1	132,1	127,3	130,6	117,6	115,8	150,3	136,6	149,4
Wertpapiermarkt																	
Absatz an festverzinsl. Schuldverschreibungen und Aktien ⁴⁾	Mill. DM	S	1011,1	647,9	508,5	1233,8	481,8	648,3	1597,0	951,6	618,6	1330,3	1123,4	556,9	1260,0	801,5	545,6
Pfandbriefe	vH	"	13,8	18,2	25,7	12,9	32,9	26,1	27,3	24,1	28,0	16,2	14,7	42,1	26,0	27,1	38,7
Kommunalobligationen	"	"	30,4	38,4	40,4	13,0	23,0	22,8	24,8	24,5	28,6	18,5	19,6	33,4	16,0	12,5	19,6
Öffentliche Anleihen	"	"	24,4	4,1	5,2	50,8	7,6	6,7	27,3	17,2	8,5	34,8	34,8	0,3	19,2	26,2	1,9
Industrieobligationen	"	"	14,3	18,5	6,9	13,0	15,6	21,6	12,0	21,0	0,6	9,0	22,8	10,0	0,2	15,6	0
Aktien	"	"	12,8	5,9	19,3	4,7	19,5	22,3	4,7	13,1	13,0	2,6	0,9	12,0	27,9	11,6	19,7
Kursdurchschnitt ⁵⁾																	
Aktien ⁷⁾	31.12.53=100	D	230,3	246,3	262,9	278,2	295,6	292,7	309,4	315,3	315,8	333,5	356,7	395,4	451,4	508,2	481,2
4%ige Wertpapiere	vH	"	95,15	98,51	101,35	101,17	101,37	101,62	103,33	104,49	104,94	105,23	105,05	104,92	105,07	105,77	105,64
5%ige Pfandbriefe	"	"	102,86	104,15	105,45	105,10	105,74	106,08	107,71	104,80	110,91	112,18	112,41	112,47	112,82	113,93	113,72
5%ige Kommunaloblig.	"	"	102,61	103,88	105,34	105,00	105,38	105,74	107,17	109,20	110,48	111,49	111,78	111,91	112,11	112,87	113,13
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	103,75	105,12	106,76	106,48	107,21	107,51	108,88	111,03	112,04	113,18	113,29	113,40	113,81	115,01	115,15
8%ige Industrieoblig.	"	"	105,31	105,74	105,87	104,44	104,84	105,06	105,61	105,76	104,82	104,30	104,37	104,27	104,31	104,43	103,89
Finanzen																	
Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern d. Bundes u. d. Länder ⁸⁾	Mill. DM	S	3053,3	3365,8	4821,9	3346,1	3690,1	5272,7	3885,2	3190,7	5013,2	3169,6	3711,2	5125,0	3452,4	3473	·
Beitz- und Verkehrsteuern ¹⁰⁾	"	"	1102,1	1152,2	2886,7	1277,8	1236,7	3353,4	1434,4	1139,2	2892,6	1139,2	1278,5	3064,2	1272,9	1408	·
Lohnsteuer	"	"	533,8	539,0	544,9	555,3	529,3	526,7	574,8	360,4	256,5	349,0	451,3	444,5	522,8	534	·
Veranl. Einkommensteuer	"	"	104,1	97,3	1114,4	191,2	173,8	1259,7	279,9	192,4	1201,7	229,9	173,5	1201,2	256,3	239	·
Körperschaftsteuer	"	"	90,1	89,3	1027,6	183,5	122,2	1226,4	204,8	143,5	1073,9	176,1	106,3	959,3	8,3	87	·
Umsatzsteuer	"	"	1057,6	1104,6	1055,0	1160,6	1184,9	1108,6	1383,3	1090,5	1017,7	1119,0	1165,3	1108,3	1205,3	1211	·
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	809,5	769,5	823,9	861,2	823,1	781,7	944,9	605,2	962,3	789,1	873,8	887,7	875,5	854	·
Lastenausgleichsabgaben ¹¹⁾	"	"	84,1	339,5	56,3	96,4	385,4	79,1	122,5	385,8	140,5	122,3	393,5	64,8	99,5	·	
Außenhandel^{12) 5)}																	
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	2690	2394	2656	2737	2790	2878	2537	2440	2610	2916	2862	2846	2991	2924	3033
Ausfuhr, insgesamt	"	"	3174	2941	3239	3368	3234	3458	2767	3039	3045	3303	3366	3369	3378	3355	3582
Saldo ¹³⁾	"	"	+ 484	+ 547	+ 582	+ 631	+ 444	+ 584	+ 229	+ 649	+ 435	+ 387	+ 524	+ 523	+ 387	+ 431	+ 549
Einfuhrvolumen ¹⁴⁾	"	"	2810	2522	2843	2903	2976	3042	2676	2593	2839	3167	3131	3109	3261		

Gegenstand	Einheit †)		1957	1958	1958						1959					
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bevölkerung¹⁾																
Geburtenüberschuß, absolut	Anzahl	S	48148	50888	2632	2059	4522	3670	4056	4701	3289	4171	5939	6106	6784	.
„ je 1000 d. Bevölkerg.	Jahresbasis		2,8	2,9	1,8	1,4	3,0	2,6	2,8	3,2	2,3	2,9	4,0	4,3	4,6	.
Flüchtlingsbewegung²⁾																
Geprüfte Notaufnahmeanträge	Anzahl	S	90514	100488	6842	8110	6996	7512	9626	10244	4738	7968	5932	4562	5343	6552
in West-Berlin	„	„	110908	76027	7268	5459	4877	5413	5170	5935	3841	4344	3707	4121	4090	4385
„ Uelzen	„	„	73462	48371	4518	4430	3745	3073	3378	3474	2136	3200	2421	2381	2401	2762
„ Gießen	„	„	253290	215056	17738	17318	14769	15278	17365	18861	10093	14735	11369	10258	10894	12590
Aufgenomm. Flüchtlinge, insges.	„	„	77776	93999	6315	7554	6497	6983	9102	9722	4258	7397	5415	4031	4796	5832
dar. in West-Berlin	„	„	85714	88620	6198	6071	6146	6323	7131	8307	4541	7825	5656	5200	5291	6213
Aus West-Berlin ausgeflogen	„	„	28169	15833	1144	1137	1180	1327	1507	1872	1086	1530	1337	1309	1505	1674
dar. Jugendliche ³⁾	„	„														
Industrie⁴⁾																
Bruttoproduktion (o. Bauleistg.) ⁵⁾	Mill. DM-Ost	S	52572	58474	4976	4515	4473	5237	4751	4653	5271	5517	4944	5865	5471	5391
Produkt. ausgewähl. Erzeugnisse																
Elektroenergie	Mill. kWh		32735	34874	2972	2760	2726	2702	2765	2830	3046	2965	2862	2914	2980	3032
Rohbraunkohle	Mill. t		212,6	215,0	18,2	17,8	17,9	17,8	17,9	18,4	18,9	18,2	17,8	17,8	17,3	17,5
Braunkohlenbriketts	1000 t	S	53366	54908	4581	4447	4518	4497	4529	4623	4766	4576	4534	4530	4493	4495
Roheisen	„	„	1662,9	1774,9	143,6	149,1	151,0	146,1	144,3	147,7	160,9	159,8	156,8	160,3	151,2	157,3
Rohstahl in Blöcken	„	„	2894,5	3043,0	262,9	251,5	253,6	247,7	253,9	245,7	275,1	264,3	270,6	261,3	261,3	267,7
Walzstahl, warmgewalzt	„	„	2115,4	2264,8	207,4	176,4	172,0	185,2	181,8	187,8	212,9	206,1	183,9	213,2	196,3	201,9
Schwefelsäure	1000 t SO ₃	„	522,4	530,8	46,4	44,5	45,1	42,3	45,3	45,8	47,7	45,0	48,2	45,4	47,8	46,6
Kalziumcarbide	1000 t	„	799,1	830,7	68,2	69,4	69,5	67,2	67,7	72,7	74,4	69,4	74,4	76,5	75,2	75,4
Stickstoffdünger	1000 t N	„	305,4	320,0	27,6	28,2	28,0	25,8	26,2	25,9	29,2	27,6	28,3	27,4	25,5	27,3
Phosphordünger	1000 t P ₂ O ₅	„	128,8	136,4	11,3	11,0	11,8	11,2	11,3	11,4	12,6	14,0	14,2	13,7	13,7	12,2
Synthetischer Kautschuk	t	„	74276	83839	7186	6987	7106	6958	7066	7041	7555	6949	6978	7182	6908	7469
Zement	1000 t	„	3460	3558	289,2	305,0	297,5	299,4	304,9	307,5	326,8	299,5	341,4	347,2	348,6	382,0
Kühlschränke	Stück	„	24942	53398	3546	3869	4110	5220	4611	4438	4296	6911	5157	7695	7931	7351
Fernsehmultiplexer	„	„	108000	180038	15958	13571	12794	15738	14190	15134	18804	21434	20050	26153	21749	20982
Baumwollgewebe	Mill. qm	„	204,5	217,2	17,6	16,0	16,6	19,3	16,9	17,0	19,4	21,4	17,2	21,7	19,5	19,7
Zellstoff aller Sorten	1000 t atro	„	315,1	325,0	28,8	27,2	25,5	25,4	27,3	27,8	28,9	29,0	25,8	27,1	29,4	28,9
Papier aller Sorten	1000 t	„	465,3	487,2	43,2	38,1	36,2	40,7	39,4	41,4	42,4	45,2	36,8	44,2	42,9	43,4
Karton und Pappe	„	„	239,7	246,2	21,5	20,1	18,9	19,4	21,1	21,2	20,8	23,0	18,6	23,1	23,5	21,6
Margarine	„	„	178,4	181,4	16,2	16,6	16,1	12,9	16,5	13,5	13,0	14,2	14,6	12,9	12,9	13,0
Bau (ohne Bauhandwerk⁷⁾)																
Bauarbeiter ⁷⁾	1000	D	216,3	214,5	211,8	213,2	214,0	215,6	212,9	213,8	231,0	233,1	232,6	232,5	234,6	235,5
Handwerk¹⁾																
Betriebe	Anzahl	VE	231536	209337	229552			226161			200808			198332		
Produktionsgenossenschaften	„	„	295	2107	394			706			2655			2809		
Mitglieder der Produktionsgen.	„	„	8125	61567	10085			17843			80730			89612		
Landwirtschaft¹⁾																
Landwirtsch. Produktionsg. (LPG)	Anzahl	VE	6691	9637	7367			8069			9528			9531		
Mitglieder	„	„	229026	352938	257018			281041			378162			394535		
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1000 ha	„	1631,9	2386,0	1791,6			1926,8			2520,6			2575,9		
Anteil a. d. ges. landw. Nutzfl. ⁸⁾	vH	„	25,2	36,9	27,7			29,8			39,1			39,9		
Verkehr¹⁾																
Gütertransportmenge, insges.	Mill. t	S	443,7	469,2	36,9	36,6	37,8	40,2	40,2	41,2	40,4	42,6	40,1	43,7	43,4	.
dar. Anteil Reichsbahn	vH		49,7	48,4	50,4	49,5	48,4	47,0	47,2	46,8	48,8	46,0	45,9	43,7	43,8	.
„ Kraftwagen	„		47,0	48,3	46,6	47,0	48,1	49,5	49,5	48,0	48,0	50,7	50,7	52,8	53,0	.
Gütertransportleistung, insges.	Mill. tkm	S	35882	40384	3207	3192	3002	3594	3392	3397	3861	3993	3818	4014	4247	.
davon Anteil Reichsbahn ⁹⁾	vH		78,8	74,5	79,7	74,6	76,9	71,6	76,9	75,4	70,7	66,8	65,6	63,2	63,5	.
„ Binnenschiffahrt ¹⁰⁾	„		7,0	6,0	5,4	6,6	7,0	7,0	6,2	7,1	6,2	6,2	5,4	5,4	5,0	.
„ Seeschiffahrt	„		2,3	9,2	5,0	9,1	5,3	11,4	6,2	6,5	14,3	17,5	19,7	21,1	21,7	.
„ Kraftwagen	„		10,9	10,3	9,9	9,7	10,8	10,0	10,7	11,0	8,8	9,5	9,3	10,3	9,8	.
Einzelhandel¹⁾																
Einzelhandelsumsatz, insges.	Mill. DM-Ost	VS	34838	38169	8057			8916			9288			9824		
dav. Nahrungs- u. Genußmittel	vH		56,7	56,9	58,1			57,4			57,8			57,7		
Industriewaren	„		43,3	43,1	41,9			42,6			42,2			42,3		
Umsatzanteil HO ¹⁰⁾	„		40,0	42,3	41,0			40,6			42,9			43,3		
„ Konsum	„		29,8	30,7	30,3			29,8			31,7			31,3		
„ Priv. Einzelhandel	„		30,2	27,0	28,7			29,6			25,4			25,4		
Interzonenhandel¹¹⁾																
Bezüge aus dem Währungsgebiet der DM-West	1000 VE ¹²⁾	S	845939	800673	94799	64867	49660	42758	54681	56928	150401	100168	85486	63438	78616	82794
a) aus Westdeutschland	„	„	784753	732316	90784	60370	45690	39691	51191	50984	147080	86000	79286	57117	73377	77356
dar. Nahrungsmittel ¹³⁾	„	„	53556	58648	13023	2372	2477	1424	2591	3324	8800	2503	3994	5157	8206	8001
„ Maschinen	„	„	100126	90346	6720	3844	2915	3755	4421	9283	5362	13498	8445	10288	8640	6590
„ Eisen und Stahl	„	„	134312	148452	19384	17078	13574	9483	14514	11353	35662	22218	12396	7205	18429	13808
„ Chemische Erzeugnisse	„	„	108384	93016	13999	8720	6168	6098	5124	4585	8326	11415	7586	9998	10115	12114
b) aus West-Berlin	„	„	61186	68357	4015	4497	3970	3067	3490	5944	3321	14168	6200	6321	5239	5438
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse	„	„	14420	18329	822	777	751	606	1320	1386	545	714	1771	2296	1267	1480
Lieferungen in das Währungsgebiet der DM-West	„	„	817310	858154	53214	58575	48582	66273	83504	65443	72788	85151	51348	60642	63851	54785
a) nach Westdeutschland	„	„	671492	660077	43578	48863	36563	51689	66592	53162	56965	71697	40624	47504	47134	40442
dar. Benzin, Oel, Teer usw.	„	„	149591	127381	7676	9534	6634	10825	9255	9030	23073	12162	13340	11452	12813	9084
„ Maschinen	„	„	65785	47967	3800	4262	3243	5206	3353	3286	2872	3270	3683	4571	4776	4732
„ Textilien	„	„	95254	74401	7289	6950	4483	6136	5824	5985	5166	5662	5499	6491	7817	5332
b) nach West-Berlin	„	„	145818	198077	9636	9712	12019	14584	16912	12281	16823	13454	10724	13138	16717	14343
dar. Braunkohlenbriketts	„	„	59528	49375	2224	1484	3185	4102	4968	4957	2618	3623	3071	4227	4641	5003
Deutsche Notenbank																
Bargeldumlauf ¹⁴⁾	Mill. DM-Ost	E	3479	3756	4063	4112	.	3983	4056	4064	4209	4545	4348	4354	4532	4497